

Ein Potsdam für alle

Kommunalwahlprogramm
für die Stadt Potsdam
28. September 2008

Beschlossen auf der 1. Tagung des 1. Kreisparteitages
am 5. Juli 2008 im Treffpunkt Freizeit

DIE LINKE.
Kreisverband Potsdam

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Ein Potsdam für alle – sozial und solidarisch!.....	6
Gute Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendliche sichern.....	8
Für ein gleichberechtigtes Leben aller Altersgruppen in Potsdam.....	12
Starke Wirtschaft, gute Arbeit, gerechter Lohn – für alle.....	13
Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar machen.....	15
Stadtentwicklung – für alle kulturvoll und sozial	16
Alle Ortsteile einbeziehen und stärken.....	18
Mobilität für alle – umweltschonend, leistungsfähig und sozial gerecht.....	19
Bürgerbeteiligung für alle möglich machen.....	21
Sicherheit für alle.....	23
Toleranz und gegenseitigen Respekt leben.....	24
Kultur für alle zugänglich machen.....	25
Wissenschaftspotenzial für die Stadt nutzbar machen.....	27
Breitensport für alle und Leistungssport gleichzeitig entwickeln.....	28
Die Umwelt – ein Thema für alle.....	29

Vorwort

Liebe Potsdamerinnen, liebe Potsdamer,

unsere Stadt hat sich in den vergangenen fünf Jahren positiv entwickelt. Im Vergleich der ostdeutschen Landeshauptstädte schneidet Potsdam dank einer relativ niedrigen Arbeitslosigkeit, einer steigenden Bevölkerungszahl sowie hoher Kaufkraft gut ab.

An dieser Entwicklung hat DIE LINKE als stärkste politische Kraft einen wesentlichen Anteil. Aus der Stadtverordnetenversammlung heraus haben wir energisch und gestaltend Einfluss auf die Geschicke der Stadt genommen und uns dafür eingesetzt, dass der Erfolg allen Einwohnerinnen und Einwohnern zugute kommt.

Trotz jahrelangen Missmanagements – erinnert sei an den Abriss des Theaterrohbaus auf dem Alten Markt und den quälenden Kampf um Standort und Finanzierung des Theaters – hat der Kultur- und Wirtschaftsstandort Schiffbauergasse mit dem Theaterneubau vor allem durch die Hartnäckigkeit der LINKEN endlich Gestalt angenommen. Bereits vor dem Abschluss der Arbeiten entwickelt die Schiffbauergasse mit ihren vielfältigen Angeboten eine große Anziehungskraft. Sechs Jahre, nachdem wir die Abwicklung des „Treffpunkt Freizeit“ verhindern konnten, beleben täglich Kinder das frisch sanierte Haus am Neuen Garten. DIE LINKE verhinderte den Verkauf des Klinikums Ernst von Bergmann; als erfolgreiches kommunales Krankenhaus trägt es zu einer hohen Qualität der Gesundheitsversorgung in der Landeshauptstadt bei.

Das jahrelange Ringen um die Gestaltung der Brache in Drewitz konnte auf Initiative der LINKEN mit der Ansiedlung des Einrichtungshauses Porta erfolgreich abgeschlossen werden.

Ungeachtet unserer Warnungen hatte der Oberbürgermeister die Pläne für ein überdimensioniertes Spaßbad am Brauhausberg vorangetrieben. Mit dem Scheitern dieses Vorhabens wurden vier Millionen Euro „in den Sand gesetzt“. Dafür trägt der Oberbürgermeister die Verantwortung. Statt des unbezahlbaren Spaßbad-Gigantismus setzte DIE LINKE schließlich die bedarfsgerechte und bezahlbare Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg durch. Gegen heftigen Widerstand aus der Bevölkerung und der Stadtfraktion der LINKEN hat der Oberbürgermeister mit Unterstützung von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen das Potsdamer Tierheim geschlossen. Solche willkürlichen Entscheidungen dürfen sich nicht wiederholen.

Maßgeblich mit unserer Unterstützung wurde erreicht, dass Bürgerinitiativen von der Verwaltung respektiert und Petitionen aufmerksamer bearbeitet werden. DIE LINKE setzt sich für einen Umgang mit den Ortsbeiräten ein, der von Respekt und Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Arbeit gekennzeichnet ist. Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren wurden in die Stadt Potsdam eingegliedert. Für die spezifischen Belange von deren Einwohnerinnen und Einwohnern, für den Erhalt der in diesen Orten gewachsenen Traditionen und ihrer kommunalen Einrichtungen macht sich DIE LINKE stark.

Auf unsere Initiative hin konnten die Potsdamerinnen und Potsdamer ihren Willen zum Standort für den Landtagsneubau in einer Bürgerbefragung zum Ausdruck bringen. Zuvor war die „Schlosskoalition“ wiederholt daran gescheitert, einen mehrheitsfähigen Bebauungsplan für die Potsdamer Mitte aufzustellen. DIE LINKE setzte durch, dass die Errichtung des Landtages nicht zu Lasten sozialer Projekte in der Stadt geht. Im Gegenteil: Wir knüpften das Bauvorhaben an ein Paket im Wert von 55 Millionen Euro, das die Sanierung von Schulen, Turnhallen und Kitas bis 2011 weitgehend sichert. Zugleich setzten wir die Neugestaltung des Alten Rathauses und die Modernisierung der Stadt- und Landesbibliothek durch. Der Errichtung einer Stadtschlosskopie statt des ursprünglich vorgesehenen zeitgemäßen Landtagsgebäudes stehen wir kritisch gegenüber. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieses Haus den Bürgern offenstehen und zur Belebung der Potsdamer Mitte beitragen wird.

Mit der Aktion „Potsdam bekennt Farbe“ hat die Landeshauptstadt ein wichtiges Signal gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gegeben. An der Diskussion um Toleranz nimmt DIE LINKE aktiv teil. Unser Ziel ist ein soziales Klima, in dem alle Einwohnerinnen und Einwohner frei und selbstbestimmt leben können und Rechtsradikalismus und Gewalt keine Basis haben.

Angesichts der schwierigen Haushaltssituation ist ein verantwortungsbewusster, sparsamer Umgang mit städtischen Finanzen geboten. Doch die notwendige dauerhafte Konsolidierung des Stadthaushaltes muss mit „sozialem Augenmaß“ erfolgen. Deshalb kämpft DIE LINKE auf Bundesebene für eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch eine Gemeindefinanzreform und um einen dem kommunalen Bedarf entsprechenden Finanzausgleich im Land Brandenburg.

Für die Stadtpolitik der nächsten Jahre fordern wir eine intensive Bürgerbeteiligung und eine Prioritätensetzung für die gesamtstädtische Entwicklung. Der Bürgerhaushalt soll schrittweise zu einem Instrumentarium entwickelt werden, mit dem die Potsdamerinnen und Potsdamer zielgerichtet Einfluss auf die Bereitstellung öffentlicher Mittel für ihre Belange nehmen können. Das wird zu einer gerechteren Verteilung führen. Damit sollte

zum Beispiel die Attraktivität der Neubaugebiete, in denen viele Potsdamerinnen und Potsdamer wohnen, erhöht werden.

Gemeinsam mit Einwohnern, Vereinen und Verbänden setzt sich DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit ein und wendet sich konsequent gegen jegliche Ausgrenzung. Dazu gehören für uns beispielsweise die Erweiterung der Gültigkeit des Sozialtickets und des Kulturtickets. Angesichts der immer noch hohen Zahl der Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen und der Hartz-IV-Empfänger, muss es im Interesse eines solidari-schen Zusammenlebens möglich sein, die sozial Schwächsten wirksam zu unterstützen. Das schließt ein unentgeltliches Mittagessen für jedes bedürftige Kind ein.

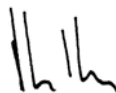
Bürgernähe – und zwar nicht nur unmittelbar vor Wahlen – ist das Markenzeichen der Partei DIE LINKE!

Wir informieren regelmäßig über die aktuelle Stadtpolitik und stellen uns den Fragen der Bürgerinnen und Bürger - monatlich mit dem „Rathausreport“ und „Potsdams anderen Seiten“, mit dem Frühschoppen „Rathausreport live“ sowie Informationsständen und Bürgersprechstunden in den Stadtteilen sowie zahlreichen weiteren Veranstaltungen in den Wohngebieten und Ortsteilen. Das wird auch weiterhin zu unserem Selbstverständnis gehören.

Lassen Sie uns gemeinsam ein Potsdam für alle gestalten – unsere Stadt hat Zukunft!



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender



Ihr Pete Heuer
Kreisvorsitzender

Ein Potsdam für alle – sozial und solidarisch!

Der Gegensatz von Arm und Reich hat sich auch in Potsdam vergrößert. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen drei Jahren statistisch gesunken, jedoch müssen immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner bei steigenden Lebenshaltungskosten von einem geringen Einkommen leben. Sie sind gezwungen, zusätzliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Besonders betroffen sind Familien mit Kindern: Jedes fünfte Kind in der reichen Stadt Potsdam lebt in Armut, muss mit 2,75 Euro am Tag sein Leben bestreiten. Die Kostenansätze für die Unterkunft für Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger entsprechen angesichts ständig steigender Nebenkosten längst nicht mehr dem realen Bedarf und müssen angepasst werden. Die steigende Inflationsrate verschärft die Armut bei Kindern, Familien und Senioren. DIE LINKE setzt sich daher grundsätzlich für eine Anhebung des Regelsatzes für Kinder aus Hartz-IV-Familien sowie für eine Anhebung der Renten ein. Immer mehr Bürgerinnen und Bürgern ist es nicht mehr möglich, am kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen. Auch empfundene Armut außerhalb formaler Definitionen führt zur Vereinsamung und Resignation und für die Betroffenen zum Verlust ihrer Würde. DIE LINKE in Potsdam war und ist die Interessenvertreterin der sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger und sie wird es bleiben.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Nutzung aller städtischen Möglichkeiten, die Lebensbedingungen für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger zu verbessern,
- die Anpassung der Unterkunfts-kostensätze für Hartz-IV-Betroffene an die tatsächlichen Miet- und Mietnebenkosten,
- eine sozialverträgliche Preisgestaltung bei Mieten, Gas, Wasser und Strom durch städtische Unternehmen,
- die Sicherung eines entgeltfreien Mittagessens für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche,
- die Beteiligung der Stadt an der Finanzierung der Schulausstattung für Schulanfängerinnen und -anfänger aus Familien mit geringem Einkommen,
- die Etablierung des Netzwerks „Gesunde Kinder“, in dem alle Hilfsangebote für junge Familien und ihre Kinder zusammengeführt werden,
- die kritische Begleitung der Arbeit der PAGA mit dem Ziel, die Gesetze und Bestimmungen weitestgehend zugunsten der Betroffenen ausulegen,
- die Verhinderung der Privatisierung städtischer Gesundheitseinrichtungen, wie des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und des Ärztehauses, um dem Trend zur Zwei-Klassen-Medizin zu begegnen,

- den Ausbau des Angebotes bezahlbarer Plätze im Seniorenwohnheim „Geschwister Scholl“,
- die ausreichende Finanzierung der Angebote von gemeinnützigen Trägern und Vereinen der Sozial- und Jugendarbeit,
- die Sicherung sowie die Neueinrichtung von Bürgerhäusern als soziale Begegnungsstätten in allen Stadtteilen,
- die Vermittlung von Partnerschaften zwischen Wirtschaftsunternehmen und sozialen Einrichtungen für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger (wie Die Tafel, die Suppenküche, das Frauenhaus),
- die besondere Unterstützung von Studierenden, Schülerinnen und Auszubildenden mit Kindern zur Ermöglichung eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses.

Gute Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendliche sichern

Potsdam trägt den Titel „Familienfreundlichste Stadt Deutschlands“. Das ist für uns Anerkennung des oftmals auch auf Initiative der LINKEN bisher Geleisteten. Vor allem aber ist es Ansporn und Verpflichtung, die Lebensbedingungen für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt weiter zu verbessern. Potsdams Kinder sollen ohne Armut und jegliche Form von Gewalt aufwachsen.

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln und erfolgreich an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse teilhaben können. Erziehung und Bildung sind nicht nur Privatangelegenheit, sondern auch gesellschaftliches Anliegen. In keinem Land Europas sind die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Deshalb meinen wir: Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch und mit gleichen Chancen einschließlich individueller Förderung gestaltet werden. Angesichts des hohen Anteils von privaten Schulen in Potsdam ist die Ansiedlung weiterer Privatschulen in der Stadt nicht zu fördern. DIE LINKE betrachtet Bildung, Erziehung und Betreuung als eine Einheit, die sich als „roter Faden“ durch alle Lebensabschnitte der Kinder und Jugendlichen, ihrer Eltern und aller dafür Verantwortlichen ziehen soll. Integration ist Aufgabe des Bildungssystems – nicht Auslese.

Wir treten ein für:

- ein staatlich finanziertes und organisiertes Bildungswesen, das Chancengleichheit und Gebührenfreiheit für alle Kinder und Jugendlichen von der Kita bis zur Hochschule möglich macht,
- die ganzheitliche Bildung und Erziehung aller Kinder und Jugendlichen bei gleichzeitiger optimaler individueller Förderung auf den unterschiedlichen Bildungsebenen,
- die Instandhaltung und kontinuierliche Fortführung der Sanierung der Potsdamer Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen,
- die verlässliche Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure im Bildungsbereich von der Kita über Grund- und weiterführende Schulen bis hin zu Vereinen sowie im Gesundheitswesen wie Ärztinnen und Ärzte, Krankenkassen und so weiter,
- eine veränderte Verwaltungsstruktur für die Aufgabenfelder Bildung, Kinder- und Hortbetreuung, Kinder- und Jugendarbeit und Sport durch deren Zusammenführung in einem Geschäftsbereich.

Bisher entsteht der erste „Kontakt“ des Neugeborenen mit der Stadt bei der Bezahlung von Gebühren für die Personenstandsurkunden. Diese sollen nach unserem Willen als Willkommenssignal zukünftig unentgeltlich ausgestellt werden.

Wir unterstützen alle Bestrebungen auf Landesebene, perspektivisch für alle Kinder eine gebührenfreie Kita-Betreuung zu sichern. Denn die **Kita** ist nicht nur der erste gesellschaftliche Lernort für Kinder, sondern auch prägend für deren soziale Erfahrungen. Sie muss daher unterschiedlichsten Anforderungen und Lebenswelten gerecht werden können.

Deshalb engagiert sich DIE LINKE für:

- ein bedarfsgerechtes, wohnortnahes Angebot von Kita-Plätzen,
- Qualitätskontrollen für alle Kitas hinsichtlich der Standards frühkindlicher Bildung,
- eine Überarbeitung der Kita-Gebührensatzung mit dem Ziel der Gebührenbefreiung für Familien mit einem Haushaltseinkommen unter 12.000 Euro im Jahr,
- die Einführung einer unentgeltlichen Mittagsversorgung für bedürftige Kinder,
- bedarfsgerechte und flexible Betreuungszeiten,
- den Ausbau innovativer Betreuungsformen wie pädagogischer Spielgruppen und eine entsprechende Personalausstattung,
- die Einführung eines unentgeltlichen Vorschuljahres für alle Kinder,
- die Anhebung des Personalschlüssels für die durch einen Erzieher zu betreuenden Kinder im Vorschulalter (eine Erzieherin/ein Erzieher für maximal sechs Kinder),
- kontinuierliche, qualitätsgeprüfte Fortbildungsangebote für die Erzieher und Erzieherinnen, insbesondere bezüglich spezieller Aufgaben wie Sprachstandserhebungen und Sprachförderung,
- die Realisierung des Netzwerkes „Gesunde Kinder“, in dem alle Hilfsangebote für junge Familien und ihre Kinder zusammengeführt werden.

Schule soll ein Ort gemeinsamen Lernens, der Integration, der gegenseitigen Achtung und Toleranz sein, wo Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern vertrauensvoll und partnerschaftlich miteinander umgehen. Sie soll auch zu einem Ort der Begegnung im Stadtteil werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Erarbeitung eines Potsdamer Schulentwicklungskonzeptes mit dem Ziel des möglichst langen gemeinsamen Lernens, zum Beispiel durch integrierte Schulstandorte,
- den Ausbau von Ganztagsangeboten und die möglichst enge inhaltliche und

bedarfsgerechte räumliche Kopplung von Schul- und Hortbetreuung,

- eine enge Kooperation von Grundschulen und weiterführenden Schulen als Schritt auf dem Weg zu einer Gemeinschaftsschule,
- den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden, bedarfsgerechten öffentlichen Schulangebots in den Potsdamer Sozialräumen,
- die Umsetzung des von uns im Zuge des Landtagsneubaus erkämpften Investitionsprogramms in Höhe von 55 Millionen Euro für Potsdamer Kitas und Schulen, einschließlich der Fertigstellung des Campus Am Stern mit einer Aula, der Mensa, der Sportschule sowie der Mehrzweckbauten für das Oberstufenzentrum II und die Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule,
- die Stärkung der Eigenverantwortung und Profilbildung der Schule einschließlich des Personalbereiches und der Einbeziehung von Schüler- und Elterninitiativen,
- den Erhalt von Förderklassen und Förderschulen für Kinder mit speziellem Förderbedarf,
- die Nutzung aller Möglichkeiten des Sprachunterrichts und der zielgerichteten Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- den Erhalt und weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit,
- die schnelle Umsetzung der entgeltfreien Schülerbeförderung, die durch die Annahme der von uns aktiv mitgetragenen Volksinitiative auf Landesebene möglich wurde,
- die unentgeltliche Mittagsversorgung für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler,
- die enge Kooperation von Schule und Wirtschaft, um die Chancen der Potsdamer Schülerinnen und Schüler auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft zu verbessern.

Ausbildung muss ein sicherer Weg in ein Berufsleben mit einem geregelten und Existenz sichernden Einkommen sein. Alle Jugendlichen sollen einen Ausbildungsplatz erhalten.

Wir fordern:

- Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen müssen für eine Ausbildung entsprechend ihren Möglichkeiten in Verantwortung genommen werden, zum Beispiel durch entsprechende Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge und ggf. auch durch gesonderte Fördermaßnahmen.
- Städtische Betriebe und die Stadtverwaltung sollen als Vorbild wirken und eine Quote von mindestens sieben Prozent Auszubildende in der Belegschaft realisieren sowie Übernahmegarantien im Rahmen des Eigenbedarfs bieten.
- Geringer Qualifizierte sind individuell zu fördern und in Ausbildung zu bringen.

Studierende sind ein wesentlicher Bestandteil der Potsdamer Bevölkerung. Diesen besonderen Vorteil will DIE LINKE nutzen und die rund 21.000 jungen Menschen besser in das Leben der Landeshauptstadt integrieren.

Für ein „junges Potsdam“ wollen wir:

- Angebote für preisgünstigen Wohnraum sowohl für Single-Haushalte als auch WG-Projekte insbesondere in der Innenstadt und in universitätsnahen Lagen deutlich ausbauen,
- die Verkehrsverbindungen zwischen den Universitätsstandorten untereinander und zur Innenstadt bedarfsgerecht entwickeln,
- Formen der regelmäßigen Zusammenarbeit mit den gewählten studentischen Gremien vereinbaren, um spezielle Bedürfnisse zu erfahren und gemeinsam kulturelle, sportliche und andere Bildungsangebote realisieren zu können,
- einen zentralen Ort der Wissenschaften der Stadt gemeinsam mit den Wissenschafts-einrichtungen schaffen, um die Hochschulen in der Stadtmitte präsent und erlebbar zu machen.

Angebote der **Jugendarbeit** sind wichtiger Bestandteil des kulturellen und sportlichen Lebens in der Landeshauptstadt und wesentliches Element der Freizeitgestaltung für viele Jugendliche.

Wir setzen uns ein für:

- die Beibehaltung – und wo zum Beispiel durch das Wachsen von Stadtteilen erforderlich – die Schaffung neuer Kapazitäten und Angebote der Jugendarbeit,
- die Erhaltung von frei zugänglichen Sport- und Freizeitflächen in den Wohngebieten,
- die schnellstmögliche Einrichtung eines innerstädtischen Jugendzentrums, zum Beispiel auf dem Gelände an der Glasmeisterstraße, als Ersatz und Erweiterung für den geschlossenen Jugendclub „S 13“,
- den Erhalt und die Unterstützung alternativer Wohn- und Kulturformen,
- die Schaffung eines Sozialfonds der Stadt, um Kindern und Jugendlichen aus bedürftigen Familien Vereinsmitgliedschaften sowie die Teilnahme an kulturellen und sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen,
- die Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Kinder- und Jugendclubs.

Für ein gleichberechtigtes Leben aller Altersgruppen in Potsdam

Das Durchschnittsalter der Menschen steigt. Schon heute leben in Potsdam rund 30.000 Bürgerinnen und Bürger im Rentenalter, viele von ihnen sind über 80 Jahre alt. Wir wollen ihre Schaffenskraft, ihre Erfahrungen und ihr aktives Interesse an sozialer Einbindung und gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit für gemeinnützige Vorhaben in Potsdam nutzen. Die vorhandenen Angebote werden in der Zukunft nicht mehr ausreichen. Das Netz von kommunalen Pflege- und Betreuungseinrichtungen muss weiter ausgebaut und mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden.

Die Bezahlbarkeit des Aufenthaltes in diesen Einrichtungen steht dabei für DIE LINKE an vorderster Stelle. Ziel für uns ist und bleibt, in den sechs Sozialräumen der Stadt ein für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderungen zufriedenstellendes Angebot zu entwickeln.

Der Beschluss der Stadtverordneten, der „Erklärung von Barcelona – die Stadt und Menschen mit Behinderungen“ beizutreten, ist Grundlage unseres Handelns. Barrierefreiheit nützt nicht allein Behinderten: Auch Kindern, Familien und Senioren kommt sie zugute.

DIE LINKE dringt deshalb auf:

- den altersgerechten Ausbau von Wohnungen zu bezahlbaren Mieten und die Einrichtung von altersgerechten Begegnungsstätten,
- eine generationsübergreifende Wohnumfeldgestaltung,
- barrierefreie Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen sowie Verkehrswege,
- bezahlbare Pflege- und Betreuungseinrichtungen in allen Potsdamer Stadtteilen und den Ausbau bezahlbarer Plätze in Seniorenwohnheimen, zum Beispiel im Heim „Geschwister Scholl“ beim Klinikum „Ernst von Bergmann“,
- die weitere Stärkung der Mitbestimmungsrechte des Behinderten- und des Seniorenbeirates der Stadt,
- die Einrichtung von Beratungsangeboten des Seniorenbeirates in den Stadtteilen,
- die Beibehaltung der Stelle des Behindertenbeauftragten der Stadt mit dem bisherigen Aufgabenprofil,
- die Vermittlung von Seniorenpatenschaften in Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen (wie „Leseomis“, Hausaufgabenhilfe, Gewaltpräventionsprojekte, Konfliktschlichter) und deren Unterstützung durch die Stadt.

Starke Wirtschaft, gute Arbeit, gerechter Lohn – für alle

Potsdam ist eine Stadt mit hohem wirtschaftlichem Potenzial, das noch besser genutzt werden muss. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent liegt sie zwar deutlich unter dem Landesdurchschnitt, aber insbesondere das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht gelöst. Die Arbeitsmarktpolitik soll besser koordiniert und mit Blick auf die Betroffenen umgesetzt werden. Vor allem für Jugendliche müssen spezifische Maßnahmen ergriffen werden, die die Ursachen ihrer Arbeitslosigkeit gezielt bekämpfen. Auch in Potsdam zeigt sich, dass die Gefahr des sozialen Abstiegs durch die gegenwärtige neoliberale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zunimmt. Zwar werden wichtige Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns bundespolitisch entschieden, doch DIE LINKE will die kommunalen Gestaltungsspielräume nutzen, um die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Wichtige Beiträge leisten dafür starke öffentliche Unternehmen, eine Vergabe öffentlicher Aufträge nach sozialen und ökologischen Kriterien, eine gezielte Unterstützung von Existenzgründungen, Hilfen für Unternehmen bei der Personalentwicklung und die Förderung des lebenslangen Lernens. Für Geringqualifizierte müssen mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert die Schaffung existenzsichernder Stellen statt Ein-Euro-Jobs, unter anderem in einem öffentlichen Beschäftigungssektor.

In Potsdam wirken derzeit 5.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und 21.000 Studierende, deren Arbeitsergebnisse stärker für die unmittelbare wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden sollen. Insbesondere der zu geringe Verbleib von Absolventinnen und Absolventen der hiesigen Lehrinrichtungen kann nicht zufriedenstellen. Dies wollen wir durch weitere attraktive und vor allem familienfreundliche Angebote ändern und mehr wirtschaftliche Impulse aus diesem Bereich aufnehmen.

Wir sehen die Zukunft für das Arbeiten in Potsdam nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern auch in qualifizierten, wissensintensiven Arbeitsplätzen, in kleinteiligen, vernetzten und hoch anpassungsfähigen Unternehmen, im Bereich der Filmproduktion. Aber auch die Kommune ist ein wichtiger wirtschaftlicher Akteur. DIE LINKE ist grundsätzlich gegen Vorhaben der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Wir treten ein für:

- eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere Existenzgründungen stärker als bisher fördert und auf mehr sichere Arbeitsplätze hinwirkt,
- die Unterstützung der ortsansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und die Ansiedlung weiterer Betriebe der Dienstleistungs- und Kreativbranche, aber auch des produzierenden Gewerbes,

- die besondere Berücksichtigung von ortsansässigen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei Einhaltung der Tariftreue sowie der Erfüllung sozialer und ökologischer Kriterien,
- die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kreative, Selbstständige, Künstler und Dienstleistende,
- die Einrichtung eines städtischen Fonds, der Existenzgründungen und Ausgründungen studentischer und wissenschaftsbasierter Unternehmen unterstützt,
- den Ausbau der touristischen Infrastruktur, insbesondere des Informations- und Nahverkehrsangebotes, sowie die Entwicklung von Ganz- und Mehrtageskonzepten, um die Zahl der Gäste und ihre Aufenthaltsdauer in Potsdam zu erhöhen,
- die Einbindung von jungen Menschen in Perspektiven eröffnende Arbeitsmarktprogramme,
- die Ausrichtung der Arbeitsförderungsmaßnahmen auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt,
- eine Vorbildfunktion der städtischen Betriebe und der Stadtverwaltung durch die Realisierung einer Quote von mindestens sieben Prozent Auszubildenden in der Belegschaft und durch Übernahmegarantien,
- die besondere Förderung von Langzeitarbeitslosen, um ihnen durch Eingliederung in den Arbeitsmarkt ein Leben in Würde und neue existenzsichernde Perspektiven zu eröffnen,
- einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor auch mit effizienten sozialverträglichen Arbeitszeitmodellen, um die Qualität so genannter weicher Standortfaktoren wie Kinderbetreuung, Verwaltungsservice, Kultur und Umwelt zu erhöhen,
- die Stärkung der Lenkungs- und Koordinierungsfunktion der Verwaltung,
- ein stadtweites Programm zum selbstbestimmten lebenslangen Lernen in Kooperation mit den Bildungsträgern der Stadt.

Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar machen

Potsdams Bevölkerung wird nach aktuellen Prognosen bis zum Jahr 2020 auf 164.000 Menschen anwachsen. In Potsdam werden die Wohnungen knapp. Ändert sich an der Wohnungspolitik nichts, muss davon ausgegangen werden, dass bis zum Jahr 2020 in Potsdam mindestens 8.300 Wohnungen fehlen werden. Der Leerstand betrug im Jahr 2006 lediglich drei Prozent und sank bis 2008 auf 1,6 Prozent. Der Potsdamer Wohnungsmarkt kann die normale Fluktuation innerhalb der Stadt nicht mehr auffangen. Freie Wohnungen sind hauptsächlich auf dem privaten Wohnungsmarkt zu finden.

Die Verknappung führt dazu, dass auch für einfachsten Wohnraum überhöhte Mieten, Kautionen und Provisionen gezahlt werden müssen. Doch nicht nur im privaten Sektor sind die Mieten hoch. Der Wiedervermietungspreis betrug 2006 in Potsdam durchschnittlich 7,50 Euro pro Quadratmeter kalt. Lediglich im Sozialwohnungssektor blieb er konstant bei 5,60 Euro warm.

Besonders kleine Wohnungen gibt es zu wenige. Davon betroffen sind vor allem junge Erwachsene und sozial Benachteiligte, da sie meist nicht über Ersparnisse verfügen. Sie können weder die Kautionen noch die Mieten aufbringen. Für sie ist der Wohnungsmarkt sehr eng und begrenzt. Die Bauvorhaben, die derzeit realisiert werden, sind ausschließlich auf private Initiativen zurückzuführen und überwiegend auf teurere Preissegmente ausgerichtet. Doch Wohnen darf in Potsdam nicht zu einem Privileg werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Der kommunale Wohnungsbestand ist zu erhalten und auszubauen.
- Die kommunalen Träger sollen sich am Wohnungsbau beteiligen, um eine ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes in allen Stadtteilen zu gewährleisten.
- Soziale Unterschiede zwischen Innenstadt, neuen Reihenhaussiedlungen und Plattenbaugebieten sind durch Quartierverdichtung mit preiswertem Wohnraum in der Innenstadt auszugleichen.
- Jungen Erwachsenen und jungen Familien sollen bei Bedarf die Kautionen für die Wohnung erlassen, ermäßigt oder gestellt werden, um ihnen den Einzug in „die eigenen vier Wände“ zu erleichtern.
- Die Stadt Potsdam muss sich in einer Zeit, in der Single-Haushalte bei jungen und älteren Menschen üblich geworden sind, wesentlich stärker für die Errichtung von kleineren preiswerten Wohnungen einsetzen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dazu soll sich die Landeshauptstadt gegenüber dem Land Brandenburg für eine neue Wohnungsbauförderung stark machen.

Stadtentwicklung – für alle kulturvoll und sozial

Potsdam kulturvoll und sozial zu entwickeln ist städtebaulicher Anspruch der LINKEN. Basierend auf der „Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ fordern wir, in den nächsten Jahren eine integrierte Stadtentwicklung auf den Weg zu bringen. Dies beinhaltet eine Koordination von Fachressorts, öffentlichen und privaten Investitionen sowie eine enge Kooperation zwischen städtischem Raum und Umland. Dieser Prozess soll unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Bürgerkommune durchgeführt werden. In einer einzigartigen Kulturlandschaft können so mehr öffentliche Räume entwickelt werden. In der Mitte der Stadt muss – insbesondere im Areal um den zukünftigen Landtag – städtisches Leben Einzug halten. Der Bau des Landtags soll als „Schaustelle“ transparent und öffentlichkeitswirksam erfolgen. Wir fordern von der Landesregierung, eine öffentliche Durchwegung des Landtagsareals einzurichten. Bei der Neugestaltung der Friedrich-Ebert-Straße in diesem Bereich sollen Handelseinrichtungen und Gastronomie die Bindung an die Innenstadt sichern. In diesem Bereich der 2. Barocken Stadterweiterung gilt es, weitere Handelsflächen unter Beachtung des Denkmalschutzes und in hoher Qualität zu erschließen. Die bestehenden Sortimentsbeschränkungen in den Bahnhofspassagen sind schrittweise aufzuheben; ab 2011 soll im Stern-Center eine Flächenerweiterung möglich sein. Dem Rückzug der Post in vielen Bereichen muss entgegengewirkt werden.

DIE LINKE unterstützt eine am historischen Vorbild orientierte Entwicklung kleinteiliger Baukultur und die Einbeziehung von Bauwerken und Kunst aus der DDR-Zeit.

Die Wissenschaft muss in der Mitte der Stadt einen Ort finden, der den Nachteil der zentralen Lage vieler Einrichtungen überwindet und an dem sie sich angemessen präsentieren kann.

Die Lebensbedingungen in allen Wohngebieten sollen qualitativ verbessert werden. Eine bedarfsgerechte soziokulturelle Infrastruktur, zu der auch der Erhalt der Stadtteilbibliotheken gehört, und ansprechende Grüngestaltung erhöhen deren Attraktivität für alle Bevölkerungsschichten. Wohnungsneubau mit bezahlbaren Mieten und von kleineren Wohnungen ist erforderlich.

Bauliche Verdichtung belebt die Innenstadt. Dies kann durch Dachgeschossausbau, Lückenschließung und Abrundungen geschehen. Auch hier soll preiswerter kleinteiliger Wohnraum geschaffen werden. Der Charakter Potsdams als Kultur-, Wissenschafts- und Studierendenstadt soll sich auch bei den Bewohnern der Quartiere widerspiegeln. Der historische Ensemblecharakter von Wohngebieten ist in hoher gestalterischer Qualität zu erhalten.

Deshalb engagiert sich DIE LINKE für folgende Ziele:

- Pflege der einzigartigen Verbindung von Architektur und Landschaft - einschließlich des Wildparks, der Lennéschen Feldfluren und des Potsdamer Nordraums,
- Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete entsprechend ihrem typischen Charakter,
- Weiterentwicklung des Charakters einer „grünen“ Stadt durch Pflege und Ergänzung des Systems der Grünanlagen, des Straßenbegleitgrüns und von Uferwegen,
- weitere Gestaltung und öffentliche Zugänglichkeit der Uferbereiche,
- Begrünung der Wohngebiete, Erhalt der Kleingärten, Pflege der Blumenbeete und entsprechende Abrundung des Stadtbilds unter Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner,
- besondere Förderung von Landwirtschaft und Gartenbau als wirtschaftliche Leistungsträger und zur Erhaltung der Kulturlandschaft und Untersetzung durch entsprechende Maßnahmen im Landschaftsrahmenplan,
- Erhalt von Potsdams Norden als „Obstgarten der Stadt“,
- Erhalt der Garagenstandorte und angemessene Kostengestaltung für Nutzerinnen und Nutzer,
- Prioritätensetzung beim öffentlichen Personennahverkehr in der Verkehrsentwicklung und dazu die Verbesserung der städtischen, regionalen und überregionalen Bahnanbindung,
- bedarfsgerechter Ausbau des Geh- und Radwegenetzes, Planung dazu in jährlichen Schwerpunktabschnitten mit finanzieller Untersetzung im Haushalt der Stadt,
- Stopp der Fortführung des Verkehrsprojektes Nr. 17 (Havelausbau),
- Prüfung ausgewiesener, nicht genutzter Gewerbegebiete auf Eignung für Wohnbebauung und gegebenenfalls Umwidmung, Reduktion von Feinstaub, Lärm und CO₂ für eine gesunde und umweltgerechte Stadtentwicklung - zum Beispiel durch geeigneten Fahrbahnbelag und Stau vermeidende Verkehrsorganisation,
- Ausweisung von Hundeauslaufgebieten.

Alle Ortsteile einbeziehen und stärken

Der Prozess der Integration der Ortsteile in die Stadt Potsdam ist von Fortschritten und Rückschlägen gekennzeichnet. Vorteilen für die Einwohnerinnen und Einwohner, zum Beispiel im Bereich der Baumaßnahmen, stehen Nachteile wie höhere Steuern und Gebühren gegenüber. Von Anfang an hat sich DIE LINKE für aktive Ortsbeiräte und deren Akzeptanz und Einbeziehung in kommunalpolitische Entscheidungen eingesetzt. Das hohe eigene Identifikationspotenzial der Ortsteile kommt unter anderem in Bürgerinitiativen zum Ausdruck, die deshalb von uns unterstützt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den Erhalt und die Förderung der ländlich-agrarisch geprägten Kulturlandschaft, insbesondere des prägenden Obst- und Gartenbaus,
- den Ausbau kontinuierlicher Anschlüsse des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs durch Erhöhung der Taktfrequenzen im Berufsverkehr und Schließung von Anschlusslücken im Tagesverlauf insbesondere für ältere Menschen,
- den Ausbau eines Radwegenetzes, der die Ortsteile und den urbanen Ballungsraum sowie die umgebende Landschaft miteinander verbindet,
- die Erarbeitung von Konzepten zur effektiven Lenkung des Kfz-Verkehrs einschließlich der Instandsetzung von Straßen, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Schaffung von Parkmöglichkeiten,
- die Sicherung eines zügigen parallelen Ausbaus der kommunalen Infrastruktur im Bereich neuer Wohngebiete einschließlich Kita-Plätzen und Gemeinderäumen,
- die Planung und Unterstützung der Ansiedlung von Märkten, Apotheken, Arztpraxen, Poststellen und anderen erforderlichen Handels- und Versorgungseinrichtungen,
- die Unterstützung von Integrationsmaßnahmen innerhalb der Ortsteile zum Zusammenwachsen von „Alteingesessenen“ und Wahlpotsdamern,
- die Sicherung und den Ausbau von Einrichtungen zur Freizeitgestaltung für alle Generationen,
- die Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen und Bürgerinitiativen,
- die Minimierung von Ausbau- und Anschlussbeiträgen für Infrastrukturmaßnahmen und Verzicht auf Zwangsanschlüsse.

Mobilität für alle – umweltschonend, leistungsfähig und sozial gerecht

Potsdam braucht ein attraktives, leistungsfähiges und umweltgerechtes Verkehrssystem. Mobilität ist so zu sichern, dass niemand auf das Auto angewiesen ist. DIE LINKE will den innerstädtischen Autoverkehr in und um Potsdam langfristig durch attraktive Alternativen reduzieren und ergänzen. Dazu erfolgt die Anbindung an ein preislich attraktives Park-/Bike-and-Ride-System und ein einheitliches Innenstadtparksystem. Wir wollen bezahlbare Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr.

Potsdamerinnen und Potsdamer, die den Umweltverbund nutzen und auf das Autofahren verzichten, leisten einen Beitrag zur Reduktion von Lärm, Feinstaub und CO₂. Für Straßen, die besonders stark von Lärm und Feinstaub belastet sind, brauchen wir Aktionspläne und deren konsequente Umsetzung. Verbesserungen des Oberflächenbelages, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Verlagerung der Verkehrsströme und die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen können hier entlasten.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Erarbeitung und Umsetzung eines gemeinsamen integrierten Verkehrsentwicklungskonzepts aller Verkehrsträger für die Landeshauptstadt und die Umlandregion,
- die langfristig sozialverträgliche Gestaltung der Tarife für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel,
- die Einführung solidarischer Tarifsysteme wie Semesterticket, Jobticket und Sozialticket und eines elternbeitragsfreien Schülerverkehrs,
- eine bequeme, schnelle und zuverlässige Erreichbarkeit aller Stadtteile einschließlich der Ortsteile auch in den Abendstunden mit Bus oder Bahn,
- bedarfsgerechte Verkehrsanlagen in gutem Zustand,
- eine bessere Verkehrssicherheit in der Stadt durch verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen sowie eine gestärkte präventive Verkehrs- und Mobilitätserziehung,
- sichere Fußgängerwege und ausreichende Querungsmöglichkeiten stark befahrener Straßen,
- den weiteren Ausbau des Radwegenetzes,
- mehr Sicherheit auf Schul- und Spielwegen,
- multifunktional genutzte Bahnhöfe als attraktive Eingangstore zur Stadt,

- den Erhalt des Anschlusses Potsdams an das Fernbahnnetz der Bahn und die Eingliederung der Regionalbahnhöfe in ein Stadt-Umland-Verkehrskonzept mit höherer Taktfrequenz,
- eine direkte und schnelle Bahnverbindung der Stadt zum Flughafen BBI in Schönefeld,
- ein sinnvolles Routenkonzept für LKW, um die Abkürzung des Autobahn-Schwerlastverkehrs durch die Stadt zu unterbinden,
- die Führung des innenstadtfremden Verkehrs um den Citybereich herum,
- eine barrierefreie Ausstattung aller Haltestellen,
- Vorfahrt für Busse und Bahnen an allen Verkehrskreuzungen,
- eine stärkere Förderung von Angeboten wie dem Park-and-Ride-Kombiticket, um Besucherinnen und Besuchern der Stadt das Umstellen auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern,
- ein attraktives Nahverkehrsangebot, orientiert auch an den Belangen des Kultur- und Studierendenstandortes Potsdam,
- ein einheitliches Parksystem in der Innenstadt, das die Funktionen des Anwohnerparkens und des Kurzzeitparkens berücksichtigt und eine Steuerungsfunktion hat, statt vorrangig Einnahmequelle für den Stadthaushalt zu sein.

Bürgerbeteiligung für alle möglich machen

Die Landeshauptstadt hat sich – auch auf Drängen der LINKEN – für den Weg zur Bürgerkommune entschieden. Wir stehen jedoch erst am Anfang.

So ist gegenwärtig nicht in ausreichendem Maß gesichert, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend über anstehende kommunalpolitische Vorhaben informiert und in deren Bearbeitung einbezogen werden. Das bloße formale Angebot zur Beteiligung reicht nicht aus.

Die Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung müssen offensiver auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und für eine breite Mitwirkung werben. Wir wollen, dass Einwohnerversammlungen und Sprechstunden in den Wohngebieten und Ortsteilen zu einer Selbstverständlichkeit werden und dass Vorschläge und Kritik willkommen sind. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Bürgerhaushalt, der nicht zu einer formalen Übung verkommen darf. Bürgerhaushalt im Verständnis der LINKEN bedeutet, dass die Menschen einen spürbaren Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Stadthaushaltes und die Prioritätensetzung erhalten.

Wir setzen uns deshalb für Folgendes ein:

- die Förderung der Einbeziehung von Potsdamerinnen und Potsdamern in die Kommunalpolitik durch umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten, das Werben für die Nutzung ihrer demokratischen Rechte und ihre aktive Teilnahme an der Gestaltung unserer Stadt,
- die frühzeitige und umfassende Information der Potsdamerinnen und Potsdamer und Einbeziehung in kommunalpolitische Entscheidungen über Einwohnerversammlungen, Bürgerbefragungen und Ähnliches,
- die Weiterführung des Bürgerhaushalts und den Ausbau der Einflussmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger,
- die Förderung der Ortsbeiräte und Stärkung in ihrer Funktion als gewählte Vertretungen ihrer Ortsteile sowie die Fortführung der Integration der Ortsteile in die Stadt bei Wahrung ihrer spezifischen Interessen und Besonderheiten,
- die Anerkennung und Förderung der Mitwirkungsgremien in den einzelnen Stadtteilen,
- die spürbare Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit in ihrer ganzen Breite, zum Beispiel durch die Einführung eines Ehrenamtspasses,
- die zielgerichtete Fortführung der Verwaltungsreform unter Beachtung des Grundsatzes „Mit den Menschen – für die Menschen!“,

- die Realisierung eines „Gläsernen Rathauses“, das weniger bürokratisch und nach innen gerichtet, dafür stärker ergebnisorientiert arbeitet – nach dem Vorbild des Bürgerservice mit seinen bedarfsgerechten Öffnungszeiten als kompetenter und freundlicher Dienstleister bei zügiger Bearbeitung und leichter Erreichbarkeit,
- die Akzeptanz des Einsatzes vieler Bürgerinnen und Bürger für ein Potsdamer Tierheim mit wohnortnahen, bezahlbaren Dienstleistungen, das das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern einbindet, seitens der Stadtverwaltung durch die Umsetzung des Bürgerwillens.

Sicherheit für alle

Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, ohne Gewalt und Kriminalität zu leben, hat auch in Potsdam einen hohen Stellenwert. Potsdam soll eine gewaltfreie Stadt sein.

Seit 1994 arbeitet die Potsdamer Sicherheitskonferenz, die auf Antrag der LINKEN eingerichtet wurde, auf dieses Ziel hin. So konnte die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Polizei und Justiz besser koordiniert werden. Gleichzeitig werden Initiativen verschiedener Träger in der Präventionsarbeit unterstützt. Eine wirksame kommunale Kriminalitätsverhütung setzt voraus, dass die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung auch unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen werden. DIE LINKE setzte durch, dass das städtische Präventionskonzept weiterentwickelt und fortlaufend den aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. Einen wichtigen Schwerpunkt bildet dabei die Auseinandersetzung mit den Ursachen für Jugendkriminalität und die Entwicklung von Gegenstrategien, insbesondere durch eine wirksame Jugendarbeit.

DIE LINKE engagiert sich für:

- das Zurückdrängen kriminalitätsfördernder Bedingungen und die Verbesserung der sozialen Situation in der Stadt,
- eine Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger durch eine regelmäßige und objektive Information über Probleme der öffentlichen Sicherheit,
- die Stärkung der Sicherheitskonferenz als Koordinierungsgremium,
- das Beenden des Personalabbaus bei der Polizei und die Stärkung ihrer Präsenz und Bürgernähe anstelle einer Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze,
- die Bildung von Sicherheitspartnerschaften in Wohngebieten und Gewinnung von Sicherheitspartnern sowie die Gründung von Beiräten bei den Revierpolizisten.

Ordnung und Sauberkeit auf Straßen, Gehwegen und Plätzen sind immer wieder Gegenstand öffentlicher Kritik.

Wir wollen:

- eine wirkungsvolle Bekanntmachung und Durchsetzungskontrolle der Stadtordnung,
- die stärkere Förderung der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Herstellung von mehr Ordnung und Sauberkeit,
- die Unterstützung von Aktionen wie dem alljährlichen Frühjahrsputz durch die Stadt und deren öffentliche Anerkennung.

Toleranz und gegenseitigen Respekt leben

DIE LINKE tritt konsequent für eine offene und tolerante Stadt Potsdam ein. Wir sind überzeugt: Toleranz und gegenseitiger Respekt sind wesentliche Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander und eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Wer die Probleme von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit lösen will, muss sie verstehen und sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Maßnahmen zur Förderung von Toleranz müssen ihre Wirkung deshalb möglichst nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Lebenswirklichkeit entfalten.

Um Toleranz als einen selbstverständlichen Teil der Potsdamer Identität zu entwickeln, bedarf es konkreter und auf längere Sicht angelegter Maßnahmen, bedarf es des offenen Dialogs über Geschichte, Gegenwart und Zukunft unserer Stadt. Potsdamerinnen und Potsdamer, die sich beispielgebend tolerant verhalten oder dafür engagieren, müssen besondere Anerkennung erfahren. Zur Finanzierung initiiert DIE LINKE eine Potsdamer „Toleranz-Stiftung“, an der sowohl die Stadt als auch private Spender beteiligt sein sollen. Das aktuell diskutierte Toleranzedikt von Potsdam wird dem Anliegen positive Impulse verleihen. Die Diskussionen müssen intensiviert und auch nach der Veröffentlichung fortgesetzt werden. Städtepartnerschaften tragen zum gegenseitigen Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten bei.

Kultur für alle zugänglich machen

Die Entwicklung der Kultur und ihrer Einrichtungen hat sich in den vergangenen Jahren stabilisiert. Herausragendes Ereignis war nach jahrelangem Engagement vieler und insbesondere der LINKEN die Neueröffnung des Hans-Otto-Theaters. Kultur ist für die Landeshauptstadt Potsdam ein entscheidender Standortfaktor. Die Filmproduktion bestimmt den internationalen Ruf der Region mit. Kultur ist prägend für die Bürgerinnen und Bürger und attraktiv für die Gäste der Stadt. Sie ist kein Selbstzweck.

Kultur muss stärker von der positiven Entwicklung der Stadt profitieren als in den vergangenen Jahren. Dazu ist in der weiteren Prioritätensetzung für die Kulturentwicklung nicht nur an die so genannten Leuchttürme, sondern auch an Breite und Kleinteiligkeit von Kulturangeboten bis hin in die Wohngebiete zu denken. Es gilt, ein ausgewogenes Verhältnis zu finden. Dabei soll das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden – jedoch nicht als kostengünstiger Ersatz für bezahlte Arbeit.

DIE LINKE setzt sich folgende Ziele:

- Kultur und Kunst sollen allen gesellschaftlichen Schichten offen stehen. Deshalb wird weiter offensiv für das Kulturticket geworben.
- Das kulturelle Angebot für Kinder und Jugendliche wird erweitert, indem alle Beteiligten von Schule und Kunst intensiver zusammenwirken. Wir unterstützen die Bereitstellung eines Schülertickets zum Besuch verschiedener kultureller Einrichtungen; Schulen sollen stärker als öffentliche Kulturräume geöffnet werden.
- Der Eintritt für die Parks und Gärten der Preußischen Schlösserstiftung bleibt frei.
- Die Kultureinrichtungen der Stadt und die freien Träger der Kultur werden finanziell ausreichend ausgestattet, um ein breites Angebot zu sichern. Dazu gehören die Präsentation der Stadtgeschichte auf hohem Niveau durch das Potsdam-Museum im Alten Rathaus und die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit des Potsdamer Naturkunde-Museums in einem sanierten Haus (einschließlich Nachbarhaus) in der Breiten Straße.
- Potsdam soll als kultureller und touristischer Standort für alle in- und ausländischen Gäste offen und attraktiv sein. Internationale Festivals wie Musikfestspiele, Tanztage und das Junge Theater in der Schiffbauergasse sollen ihre Tradition und ihren nationalen und internationalen Ruf festigen.
- Die Verantwortung der Wirtschaft für die städtische Kultur wird gestärkt. Sponsoring für Kultur und Bildung gehört in einer reichen Stadt wie Potsdam zum guten Ton.

- Das Areal der Schiffbauergasse soll zügig fertig gestellt und so weiterentwickelt werden, dass es sich als Standort des Mit- und Nebeneinander der verschiedenen Kulturangebote auszeichnet. Ursprünglichkeit und Kreativität müssen weiterhin städtische Unterstützung erfahren.
- Kulturelle und künstlerische Selbstbetätigung werden gefördert.
- Öffentliche Plätze in der Innenstadt – wie Luisenplatz und Lustgarten – sollen für nicht kommerzielle kulturelle Veranstaltungen wie das Hochschulfest kostengünstig zur Verfügung gestellt werden.

Wissenschaftspotenzial für die Stadt nutzbar machen

Potsdams Renommee als Wissenschaftsstandort muss gestärkt werden. Über 5.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie 21.000 Studierende an vier Hochschulen und über 40 weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen in und um Potsdam mit teilweise langer Tradition sind ein erhebliches Potenzial, das die Stadt noch nicht ausreichend prägt. Attraktiven Anziehungs- und Höhepunkten wie dem Exploratorium und der „Langen Nacht der Wissenschaften“ stehen dezentrale, überwiegend zentrumsferne Ansiedlungen gegenüber. Klassische Merkmale einer Studierendenstadt sind noch zu wenig spürbar. Vorhaben, die mit der gescheiterten Bewerbung als Stadt der Wissenschaft verbunden waren, verliefen im Sande. Aus dem Scheitern wurden nicht in ausreichendem Maße Schlussfolgerungen gezogen.

DIE LINKE will deshalb:

- dass die Landeshauptstadt und die vielfältigen wissenschaftlichen Einrichtungen mit ihren Aktivitäten wie zum Beispiel den Potsdamer Sonntagsvorlesungen, der Potsdamer Kinder-Uni intensiver voneinander profitieren,
- dass wissenschaftliche Einrichtungen stärker in den Fokus des öffentlichen geistig-kulturellen Lebens der Stadt rücken und sich mit ihren Forschungsgegenständen auch innerstädtisch erlebbar präsentieren,
- dass die Stadt Potsdam das Potenzial von Wissenschaftlern und Studierenden in den unterschiedlichen Fachrichtungen intensiver in eine innovative Stadtentwicklung einbezieht,
- dass die Stadt ein Praktikumsprogramm für Studierende auflegt, in dessen Ergebnis sich sowohl die Vielfalt wissenschaftlicher Einrichtungen als auch die Zahl der Unternehmensansiedlungen und -neugründungen erhöhen kann.

Breitensport für alle und Leistungssport gleichzeitig entwickeln

Potsdam hat große Traditionen als Stadt des Sports. Das gilt sowohl für den Spitzen- als auch für den Breitensport. Ruderer, Kanuten, Leichtathleten, Schwimmer und Sportler vieler anderer Sportarten stehen für den erfolgreichen Spitzensport in unserer Stadt. Turbine Potsdam und Babelsberg 03 haben eine sportinteressierte Fangemeinde. Erfreulich ist, dass auch immer mehr Menschen in ihrer Freizeit Sport treiben möchten. Deshalb müssen Vereins- und Breitensport als ein Wachstumsbereich wahrgenommen und entwickelt werden. Vor allem der Kinder- und Jugendsport und auch der Familiensport werden von uns nachhaltig unterstützt. DIE LINKE engagierte sich erfolgreich sowohl für die gebührenfreie Nutzung der Sportstätten durch Potsdamer Vereine als auch für eine deutliche Erhöhung der Mittel zur Sportförderung.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Anerkennung des Sports als Jugendarbeit,
- den Erhalt der entgeltfreien Nutzung der Sportstätten für Potsdamer Vereine,
- die langfristige Sicherung der Sportfördermittel auf dem erreichten Niveau,
- die Weiterführung der Sanierung vorhandener Sportstätten einschließlich der Bäder,
- den weiteren Ausbau des Sport- und Freizeitparks Luftschiffhafen zu einem Sportzentrum für die Landeshauptstadt Potsdam,
- die Förderung des nicht organisierten Freizeitsports durch die Schaffung geeigneter Möglichkeiten, wie frei zugänglicher Sporteinrichtungen, Wanderwege und Sportpfade,
- die besondere Anerkennung der Tätigkeit der zahlreichen ehrenamtlichen Übungsleiter und Trainer,
- die zügige Fertigstellung des Neubaus des sportorientierten Jugendclubs „off-line“ als ein Zentrum der Kinder- und Jugendarbeit speziell für den Sozialraum Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld,
- den dauerhaften Erhalt des Olympiastützpunktes Potsdam.

Die Umwelt – ein Thema für alle

Eine hohe Lebensqualität durch eine von Emissionen möglichst gering belastete Umwelt begreift DIE LINKE als hohes Gut für die Gesundheit der Potsdamerinnen und Potsdamer, als wirtschaftlichen Standortfaktor und nicht zuletzt als Voraussetzung für den Erhalt unserer Parkanlagen des UNESCO-Weltkulturerbes. Dazu wollen wir die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zur engagierten Mitarbeit ansprechen und einbeziehen. Die Lokale Agenda ist in Verbindung mit der Bürgerkommune wieder zu etablieren und ein identitätsstiftendes Umweltnetzwerk kommunaler Akteure einschließlich der Stadtwerke zu etablieren.

Handlungsschwerpunkt ist ein professionelles kommunales Energie- und Klimapolitikmanagement. Dadurch soll festgestellt werden, welchen Beitrag die Stadt Potsdam zur Verringerung des Energieverbrauchs und zur Reduzierung des Ausstoßes klimarelevanter Gase, des Feinstaubs und Lärms leisten kann. Ergebnis muss – in Verbindung mit der Bewerbung um den Titel „European energy award“ – eine verbindliche Zielstellung sein.

DIE LINKE fordert:

- die Festlegung von Umweltstandards bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere bei der Energiebilanz von Gebäuden,
- die Prüfung des Energiemanagements aller öffentlichen Einrichtungen und städtischen Beteiligungen, die Umsetzung energiesparender Maßnahmen mit Hilfe der Deutschen Energieagentur (DENA) und gestützt auf regionale Betriebe mit ökologischen und sozialen Standards,
- ein aktives Controlling mittels vertraglich vereinbarter Einsparungsrückvergütung,
- die Erhöhung des Ökostromanteils der Stadtwerke und des Anteils dezentraler bürgerfinanzierter regenerativer Energiegewinnungssysteme statt Fernwärmezwangsanschluss,
- die Initiierung und offensive Verbreitung von energiesparenden Modellvorhaben wie Nutzbarmachung von Dächern für Anlagen der Solarthermie und Photovoltaik sowie die Prüfung von Energiegewinnungspotenzialen im Bereich Abfall, Abwasser und durch den Einsatz von Wärmepumpen.

Wir wollen, dass die langfristige Verkehrsentwicklung den motorisierten Individualverkehr in und um Potsdam durch attraktive Alternativen reduziert. Dabei gebührt den öffentlichen Verkehrsmitteln und hier der Straßenbahn absolute Priorität. DIE LINKE dringt darauf, dass die städtischen und regionalen ÖPNV-Netze so optimiert und ihre Nutzung bezahlbar angeboten werden, dass alle Potsdamerinnen und Potsdamer sich diese Transportmittel finanziell leisten können und sie zunehmend bevorzugen. Die Anbindung der Bahn im Fernverkehr ist wesentlich zu verbessern. Die Stadt wird eine di-

rekte Bahnverbindung zum Flughafen BBI brauchen. Das Straßennetz muss dort ergänzt werden, wo es nötig und unproblematisch möglich ist.

DIE LINKE engagiert sich besonders dafür,

- das Geh- und Radwegenetz auszubauen,
- in besonders lärmbelasteten Straßen eine Lärminderung durch Aktionspläne zu erreichen, die zum Beispiel Verbesserungen des Oberflächenbelages, Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Verlagerung der Verkehrsströme vorsehen,
- den Fuhrpark der VIP und aller anderen öffentlichen Einrichtungen und Betriebe mit städtischen Beteiligungen auf die Möglichkeit des Einsatzes regenerativer Antriebe sowie gegebenenfalls den Einbau von Rußpartikelfiltern zu prüfen,
- eine spürbare Reduzierung des Innenstadtverkehrs durch die Anbindung an ein preislich attraktives Park-/Bike-and-Ride-System und ein einheitliches Innenstadtparksystem zu erreichen, das Ganztagsparken restriktiv einschränkt,
- die außergewöhnlich schöne natürliche Umgebung Potsdams und die damit verbundenen Chancen für den Umwelttourismus und die Umweltbildung stärker zu fördern und zu nutzen,
- Potsdams „Highlights“ sukzessive und systematisch mit den attraktiven Umlandbereichen und ihren Kleinodien durch ein Rad- und Wanderwegenetz unter Einbeziehung der Wasserstraßen zu verknüpfen, wie durch einen Radweg um den Fahrländer See und die Verbesserung der Zuwegung zur Döbritzer Heide,
- das Naturkundemuseum mittels finanzieller Unterstützung in die Lage zu versetzen, zusätzliche notwendige Räumlichkeiten zu nutzen,
- Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste der Stadt anzuhalten, durch umweltbewusstes Verhalten nicht nur der eigenen Gesundheit zu dienen, sondern einen Beitrag zum Erhalt der Schönheit der Stadt zu leisten.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Potsdam

Alleestraße 3, 14469 Potsdam

Tel.: 0331/200 09 33, Fax: 0331/200 09 11

E-Mail: info@dielinke-potsdam.de

Internet: www.dielinke-potsdam.de

V.i.S.d.P.: Pete Heuer, Kreisvorsitzender

Auflage: 2.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 30.07.2008